Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1931

6.6.1931 (No. 129)

Visual Library

Nr. 129 Samstag, den 6. Juni 1931 174. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Ein Aufruf der Reichsregierung

WTB. **Berlin**, 6. Juni. (Tel.) In einer **Kundgebung der Reichsregierung** zur Notverordnung heißt es:

Die Erwartung, daß die Weltwirtschaftskrise mit dem Frühjahr 1931 abebben werde, hat sich als trügerisch erwiesen. Deutschlands **Sorgen und Schwierigkeiten** sind verstärkt, weil wir neben der Gesamtkrise noch die **besonderen Lasten** als die Unterlegenen des großen Krieges zu tragen haben. Diese wurden unter Voraussetzungen, die nicht eingetroffen sind, übernommen und entziehen unserer durch Krieg und Inflation verarmten Wirtschaft das Kapital, dessen sie notwendig zu ihrer Erhaltung und Fortentwicklung bedarf. Die Tributzahlungen schwächen uns auch als Käufer und nötigen uns zur Drosselung der Einfuhr und Steigerung der Ausfuhr, gegen welche andere Länder in immer stärkere Abwehr treten. Eine Verschärfung des Kampfes um die Märkte der Welt ist die Folge.

Schwerste Lasten und Opfer muß die Reichsregierung dem deutschen Volk zumuten, um die Zahlungsfähigkeit des Reiches aufrechtzuerhalten. Diese ist die Voraussetzung für die Fortführung der deutschen Wirtschaft; von ihr hängen Millionen und aber Millionen von Kriegsteilnehmern, Sozialrentnern, Beamten und Angestellten in ihrer Existenz ab. Auf der ganzen Linie sind die stärksten Anstrengungen gemacht worden, die Ausgaben auf das tragbare Maß zurückzuschrauben. Nach dem Vollzug der neuen Notverordnung werden die Ausgaben des Reiches einschließlich der Abstriche vom vorigen Jahre die reine Summe **von mehr als 1,5 Milliarden Reichsmark weniger betragen.** Soweit man unter den heutigen Verhältnissen überhaupt etwas voraussagen kann, wird damit der Reichsetat für das laufende Jahr **ins Gleichgewicht** gebracht. Nach dem festen Willen der Reichsregierung soll diese Notverordnung **der letzte Schritt zu diesem Ziele** sein.

Angesichts der Möglichkeit einer Fortdauer der Krise dürfen Verzagtheit und Unwillen nicht unsere Kräfte schwächen. Daß es ohne Härten, die alle Kreise des Volkes treffen, nicht gehen kann, werden die Einsichtigen begreifen. Es ist besser, in ordentlichen Formen Leistungen, auch wenn es schmerzlich ist, zu kürzen und Beiträge von denjenigen zu fordern, die noch ein Einkommen haben, als die Gefahr heraufzubeschwören, daß Zahlungen, auf denen die Lebenshaltung weiter Volksschichten beruht, eines Tages nicht mehr bewirkt werden können.

Wir haben alles angespannt, um unseren Verpflichtungen aus dem verlorenen Kriege nachzukommen. Auch Anleihen haben wir hierzu in weitem Ausmaße in Anspruch genommen. Das ist nicht mehr möglich. **Die Einsetzung der letzten Kräfte und Reserven aller Bevölkerungskreise** gibt der deutschen Regierung das Recht und macht es ihr dem eigenen Volke gegenüber zur Pflicht, vor der Welt auszusprechen: **Die Grenze dessen, was wir unserem Volke aufzuerlegen vermögen, ist erreicht.**

Das deutsche Volk steht in einem **entscheidenden Ringen um seine Zukunft.** Wenn es an seine Zukunft glaubt, so muß es entschlossen sein, dafür alles einzusetzen. Eine solche Stunde ist gekommen. Im Vertrauen auf Lebenskraft und Lebenswillen des deutschen Volkes wird die Regierung handeln.

Der Besuch in England

Die Ankunft

Der deutsche Reichskanzler und der Reichsaußenminister sind am Freitagnachmittag um ¾3 Uhr in London eingetroffen und wurden auf dem Waterloo-Bahnhof von Macdonald und Henderson herzlich begrüßt. Die deutschen Staatsmänner fuhren dann zum Carlton-Hotel, wo sie Wohnung nehmen. Abends fand ein Bankett im Auswärtigen Amt statt, an dem die gesamte englische Regierung teilnahm. Nach dem Essen wurden Trinksprüche auf den englischen König und den Reichspräsidenten ausgebracht. Reden wurden nicht gehalten.

Heute, Samstag, vormittag fand in der deutschen Botschaft anläßlich des Kanzlerbesuches ein Empfang statt, zu dem hunderte von Mitgliedern der deutschen Kolonie Londons erschienen waren. Der Kanzler erklärte in einer Ansprache u. a.: Wir sind hierher gekommen, um mit den englischen Staatsmännern ein freundschaftliches und offenes Gespräch über die Lage Deutschlands zu führen. Wir hoffen, daß wir vielleicht einiges Verständnis für die besondere Lage Deutschlands finden werden.

Ein Interview des Reichskanzlers

WTB. **Paris**, 6. Juni. (Tel.). Reichskanzler Dr. **Brüning** hat dem Londoner Havas-Vertreter eine Erklärung abgegeben, in der er ausführt, daß der Besuch keineswegs gegen Frankreich gerichtet sei. Unser Ziel ist, uns mit den Vertretern der englischen Regierung über diese Schwierigkeiten zu unterhalten, die in der ganzen Welt vorhanden sind. Es versteht sich von selbst, daß wir namentlich über die Schwierigkeiten Deutschlands sprechen werden. Bevor wir Berlin verließen, haben wir eine weitere Steuererhöhung und Ausgabeneinschränkung vornehmen müssen. Wir werden auf diesem Wege soweit wie möglich gehen, aber dem deutschen Volke wird damit eine harte Prüfung auferlegt. Wir wissen, daß die politischen Schwierigkeiten in Deutschland sich außerordentlich zugespitzt haben.

Zu Ehren des bisherigen preußischen Gesandten in München, Dr. Denk, fand am Freitag im kleinen Kreise ein **Abendessen** statt, bei dem Ministerpräsident Dr. **Held** dem Gesandten im Namen der bayerischen Staatsregierung eine Erinnerungsgabe überreichte.

Letzte Nachrichten

Die Notverordnung veröffentlicht

Eine letzte Kraftanstrengung Deutschlands

M. **Berlin**, 6. Juni. (Priv.-Tel.). **Die Notverordnung, die heute der Öffentlichkeit übergeben worden ist (wir bringen ihren wesentlichen Inhalt an anderer Stelle des Blattes), bringt keinerlei Überraschungen. Der Inhalt ist die Tage vorher im wesentlichen — außer kleinen Abänderungen, die erst in letzter Stunde vorgenommen worden sind —, bereits durchgesickert. Von amtlicher Seite wird noch folgendes erklärt:**

Es ist eine letzte Kraftanstrengung Deutschlands, um geordnete Finanzen wenigstens solange zu erhalten, bis eine Revision der Reparationen ermöglicht werden kann, denn sie ist das einzige Mittel, um schließlich die Situation zu retten. Alle Sparmaßnahmen und Abstriche, ob sie nun von amtlichen Stellen oder von der privaten Wirtschaft ausgehen, haben immer Einengung der Kaufkraft und damit sinkende Einnahmen auch der öffentlichen Körperschaften zur Folge. Die Defizite in anderen Ländern sind gewiß auch groß, aber sie verfügen über Reserven, die Deutschland nicht hat, das im Gegensatz zu ihnen alle Steuermöglichkeiten jetzt ausschöpfte. Vor allem aber fehlen uns Kreditmöglichkeiten, obwohl unsere schwebende Schuld nur 1½ Milliarden, die von England 15 Milliarden, beträgt. Die anderen Länder können jederzeit Anleihen aufnehmen, wir nicht.

Ein leitender Gedanke der Notverordnung ist die Umstellung der Arbeitslosenunterstützung auf die Arbeitsbeschaffung, also das, was Reichsfinanzminister Dr. Dietrich in Stuttgart seinerzeit angekündigt hat, wenn auch in veränderter und abgeschwächter Form. Es gibt keine Subventionen an die Industrie, aber Aufträge, welche die Reichsbahn mit ihr zur Verfügung gestellten Geldern erteilen kann. Sehr bemerkenswert ist ferner, daß man an den amtlichen Stellen hofft, eine gewisse Dislogierung der Bevölkerung durch Siedelung, Meliorationen usw. durchzuführen, da das Anwachsen der Großstädte gerade eine der Hauptursachen der Finanzkrise ist.

Von besonderem Interesse ist, daß die Reichsregierung mit der Reichsbahn-Gesellschaft eine Vereinbarung getroffen hat, wonach für 200 Millionen Reichsmark Arbeiten über den Voranschlag für 1931 hinaus beschleunigt ausgeführt werden sollen. Auf diese Weise werden innerhalb weniger Wochen über 120 000 Arbeiter neu eingestellt werden; denn auch den beteiligten Industrien wird durch die Bestellungen zur Beschäftigung verholfen. Darüber hinaus wird die Reichsregierung Mittel der Krisensteuer zur Beschaffung weiterer Arbeitsmöglichkeiten verwenden. Um in der Einführung der 40-Stunden-Woche voranzugehen, hat die Reichsregierung beschlossen, in den Betrieben und Verwaltungen des Reiches die regelmäßige Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen. Auf ein entsprechendes Vorgehen der Länder, Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts wird mit allen Mitteln hingewirkt werden.

Optimistisch ist man nicht. Man rechnet mit einem Jahresdurchschnitt von 4½ Millionen Arbeitslosen, also 1 Million mehr. Das bedeutet nicht nur erhöhte Leistungen, sondern auch den Verlust von fast einer halben Milliarde RM. Beiträgen. Man hatte früher auf 1 Proz. Beitrag 290 Mill. Reichsmark angenommen. Der Reichsfinanzminister hatte sehr vorsichtig geschätzt, daß in diesem Jahr 1 Proz. nur 270 Mill. Reichsmark bringen werden, in Wirklichkeit aber sind es 215 Mill. Reichsmark geworden. Das bedeutet gegenüber der letzten Notverordnung eine Mindereinnahme von 487 Mill. Reichsmark. Es sind 7 Milliarden Reichsmark Löhne weniger bezahlt worden.

Schulden und Rüstungen

Amerikanischer Gegenvorschlag zur Besserung der Lage

WTB. **London**, 6. Juni. (Tel.) **Der New-Yorker Korrespondent des „Daily Expreß" meldet: In offiziösen kürzlich von Washington ausgehenden Kommentaren ist wieder und immer wieder betont worden, wenn überhaupt eine Hoffnung bestehe, daß der Kongreß jemals seine Haltung bezüglich einer Erfüllung der Schuldenabkommen ändere, so entbehre diese Hoffnung solange jeder Grundlage, als Europa die amerikanischen auf Abrüstung hinzielenden Wünsche nicht erfülle. Es bestehe Grund zu der Annahme, daß man im Falle einer Aufforderung zu dem Gegenvorschlag kommen werde, Europa solle versuchen, durch eine Herabsetzung der Rüstungen solvent zu werden.**

Der Reichspräsident hat am Freitag die Notverordnung unterzeichnet und begab sich dann nach seinem Besitztum Neudeck (Westpr.), wo er einen mehrwöchigen Aufenthalt zu verbringen beabsichtigt.

Reparationsfrage und Auslandsanleihen. Eine Ausführung des Londoner „Daily Herald", daß beim Ausbleiben einer praktischen Revision des Youngplanes Deutschland genötigt sein werde, die Zinszahlungen der auswärtigen Anleihen zu suspendieren, ist, wie von zuständiger Berliner Stelle mitgeteilt wird, frei erfunden.

*Zur politischen Lage

Politik der Revision

Immer mehr und mehr bemächtigt sich der Menschheit die Erkenntnis, daß eine **Revision der Politik der letzten 12 Jahre dringend notwendig ist.** Was einsichtsvolle Männer im Jahre 1919 gesagt haben, nämlich, daß die **Friedensverträge** nicht nur eine Brutalität, sondern auch eine finanz- und wirtschaftspolitische **Torheit** sind, hat sich als nur zu richtig erwiesen. Das Beharrungsvermögen und die Tatsache, daß man sich nun all die Jahre hindurch auf dieses Vertragssystem der Torheit eingespielt hat, sind schuld daran, daß man aus der gewonnenen Erkenntnis nicht viel schneller die richtigen Schlußfolgerungen zieht. In einzelnen Staaten, so vor allem in Frankreich, herrscht allerdings noch der Glaube, daß man jenes als unbrauchbar erkannte System doch noch mit allerlei künstlichen Mitteln werde aufrechterhalten können.

Die Debatte geht praktisch natürlich um die Frage einer **Revision des Youngplanes** und im Zusammenhang damit um die Frage, wie die **interalliierten Schulden an Amerika** aus der Welt zu schaffen sind. Man hat in letzter Zeit davon gesprochen, daß es am einfachsten wäre, die Dinge so zu regeln, daß man ein **unmittelbares Schuldverhältnis zwischen Amerika und Deutschland** herstellt, da ja die Reparationen, die wir zu zahlen haben, im wesentlichen doch dazu benutzt werden, um die interalliierten Schulden an Amerika abzutragen. Man darf bei dieser Erörterung nur nicht vergessen, daß Frankreich eine viel geringere Schuld an Amerika zu begleichen hat, als zum Beispiel England, daß die Reparationssummen, die Frankreich aber erhält, viel höher sind, als diejenigen, die nach England wandern. **Frankreich** ist also **an der Aufrechterhaltung der bisherigen Methode sehr stark interessiert** und wird sicherlich alles tun, um sie zu verewigen oder sich, falls eine Revision dennoch kommt, eine Vorzugsstellung dabei zu sichern.

Es ist in letzter Zeit auch die Rede davon gewesen, die europäischen Mächte sollten zusammenkommen und einfach ihre **Insolvenz Amerika gegenüber** klären. Damit würde dann das ganze Problem der interalliierten Schulden erledigt sein, und auch die deutsche Reparationsfrage könnte in einer für uns befriedigenden Weise gelöst werden. In seiner rücksichtslosen Einfachheit ist dieser Vorschlag gewiß sehr bestechend. Aber er würde einen Präzedenzfall schaffen, der nicht ohne Bedenken ist, und zwar auch für das allgemeine Geschäftsleben. Wo sollen schließlich Treu und Glauben bleiben, wenn Schulden, die man freiwillig gemacht hat, später durch eine einseitige Willenserklärung storniert werden.

Zwischen den interalliierten Schulden und den deutschen Reparationen besteht eben ein **grundlegender Unterschied.** Die kriegsführenden Mächte der Entente in Europa haben seinerzeit **aus freiem Entschluß** heraus ganz bestimmte Beträge von Amerika geborgt. Bei Deutschland indessen ist es so, daß man uns erst gründlich ausraubte und uns dann noch **gegen unseren Willen** eine Verpflichtung zum Zahlen **aufzwang.** Das Wort von den Reparationen, von den „Wiedergutmachungen", ist bekanntlich nichts anderes, als ein pharisäischer Unfug. Denn zumal Frankreich hat bereits so viel von uns bekommen, daß es daraus den ihm im Kriege zugefügten Schaden längst **doppelt** hat ersetzen können.

Über all diese Dinge wird man sich jetzt auch in **Chequers** zwischen den englischen und deutschen Staatsmannern unterhalten. Und wir möchten hoffen, daß diese Unterhaltung auf der Basis einer vollkommenen Offenherzigkeit und Zwanglosigkeit verläuft. Denn nur dann könnte der Besuch in Chequers für uns einigen Nutzen haben. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Meldung, daß demnächst der nordamerikanische Staatssekretär des Äußern, **Stimson**, nach Europa reisen wird, um hier die wirtschafts- und finanzpolitische Lage an der Quelle zu studieren, und persönlich mit den einzelnen **Kabinetten** der großen Staaten Fühlung zu nehmen.

Die neue Notverordnung

Das Reichskabinett beweist mit der neuen Notverordnung der ganzen Welt, daß das deutsche Volk entschlossen ist allen anderen Völkern **mit einer Politik äußerster Sparsamkeit** voranzugehen. Im Hinblick auf die Revision des Youngplanes ist das von großer Bedeutung. Denn kein Mensch kann uns jetzt mehr entgegenhalten, daß wir eine verschwenderische Wirtschaft im Innern trieben und

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 45. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

deshalb einen moralischen Anspruch auf das Entgegenkommen des Auslandes nicht hätten.

Die neue Notverordnung ist so gedacht, daß sie **mit einem Schlage** unsere ganze Finanzmisere beseitigen soll, und zwar dadurch, daß sie **nicht nur das vorhandene Defizit deckt**, sondern auch durch Schaffung **eines Krisen- und Wirtschaftsfonds** allen **weiteren** Anforderungen genügen kann. Denn durch diesen Fonds sollen die Fehlbeträge in der **Arbeitslosenversicherung** gedeckt und **für lebenswichtige Industrien Überbrückungskredite** beschafft werden, mit deren Hilfe man der Arbeitslosigkeit auf den Leib rücken will. So soll vor allem der **Reichsbahn** ein Kredit von zirka 200 Millionen zur Vergebung umfangreicher Aufträge gewährt werden.

Nach der neuen Notverordnung, deren genauer Wortlaut an anderer Stelle dieser Nummer veröffentlicht wird, ergibt sich für das **Reich** eine Verbesserung des Etats um rund 1,078 Milliarden Reichsmark. Diese Verbesserung entsteht durch die **Verkürzung der Beamtengehälter**, durch den Ertrag aus der **Krisensteuer** (440 Millionen), durch die jetzt **monatliche** Erhebung der Umsatzsteuer, **Erhöhung der Zuckersteuer** und der **Mineralölabgabe**, durch **Reform der Tabaksteuer**, durch die **Kürzung der Kriegsbeschädigtenrente** und durch **Abstriche** an den Sachausgaben der Reichsverwaltung (110 Millionen Reichsmark).

Was die **Länder und Gemeinden** betrifft, so soll ihnen aus der Kürzung der Beamtengehälter und Kinderzulagen eine Ersparnis von 206 Millionen erwachsen, aus der veränderten Umsatzsteuererhebung einen Gewinn von 35 Millionen, aus der Einstellung der **Lohnsteuerrückzahlungen** ein solcher von 60 Millionen, aus der **Hauszinssteuer** ein solcher von 110 Millionen. Das macht zusammen 411 Millionen Reichsmark. Auf dem Gebiet der **Arbeitslosenversicherung** will man durch **bestimmte Reformen über 300 Millionen einsparen.**

Mit der neuen Notverordnung schafft das **Reichskabinett** zweifellos die Voraussetzungen, um durch eine bis an die äußerste Grenze getriebene **Sparsamkeit** und durch zweckentsprechende Reformen die öffentlichen Finanzen **zu sanieren** und auch der **Wirtschaft** neue Impulse zur Überwindung der geschäftlichen Krisis zu verleihen. Mögen auch manche Einzelheiten zu Bedenken Anlaß geben, und mögen auch die neuen Besteuerungen und Gehaltskürzungen in die Lebenshaltung des einzelnen tief eingreifen, so darf man doch nie vergessen, daß eben **nur auf diesem Wege** eine Gesundung zu erreichen ist. Wir alle müssen Opfer auf uns nehmen, um diese Gesundung zu ermöglichen. Denken wir daran, daß in den letzten Tagen ein großes englisches Blatt bereits ganz unverhohlen von der Möglichkeit eines deutschen Staatsbankerotts gesprochen hat. Wir **müssen** die uns durch die neue Notverordnung auferlegten Opfer bringen, um viel Schlimmeres verhüten zu können. Die Sanierung der Finanzen und der Wirtschaft wird allerdings erst dann richtig in Erscheinung treten, wenn der **Youngplan** revidiert ist. Diese Revision ist und bleibt die wichtigste Voraussetzung für unsern Wiederaufstieg.

Der sozialdemokratische Parteitag

(Schluß zu Nummer 127.)

Am Mittwoch ist auf dem Parteitag in **Leipzig** der entscheidende **Antrag des Parteivorstandes**, der das Verhalten der **Opposition** bei der Abstimmung über den Panzerkreuzer mißbilligt und für die Zukunft ein ähnliches Verhalten der Opposition mit dem **Ausschluß** der betreffenden Abgeordneten bedroht, mit 324 gegen 62 Stimmen **angenommen** worden. Das ist eine erdrückende Mehrheit. Und man kann es begreifen, daß der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion dieses Ergebnis der Abstimmung mit Genugtuung aufgenommen haben.

Immerhin ist die Opposition ziffernmäßig stärker, als viele angenommen haben. Die 9 Abgeordneten, die im Reichstag gegen den Willen der Fraktion stimmten, sind ja nur der 15. Teil der Gesamtstärke der Fraktion. Bei der Abstimmung am Mittwoch aber hat sich gezeigt, daß etwa ein Sechstel der Delegierten der Opposition angehören.

Diese Opposition wird zweifellos auch in der nächsten Zeit dem Parteivorstand und der Fraktion mancherlei Sorgen bereiten, zumal damit zu rechnen ist, daß die neue Notverordnung in den Kreisen der sozialdemokratischen Mitglieder scharfe Kritik hervorruft. Und auch die Kommunisten werden sicherlich die Gelegenheit ausnutzen, um der Sozialdemokratie weiterhin Abbruch zu tun. Einstweilen ist ja die Situation so, daß die Sozialdemokratie dank ihrer Werbungen in der letzten Zeit an eingeschriebenen Mitgliedern zugenommen hat; dafür hat aber ein nicht unerheblicher Teil der **Wähler** der Partei seine Gunst entzogen. Die Politik des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion ist vom Parteitag unter Ausdrükken der Anerkennung in einer offiziellen Resolution gebilligt worden. Man hat es auch beiden Instanzen überlassen, von sich aus zu entscheiden, welche Maßnahmen nun der neuen Notverordnung bzw. dem Kabinett Brüning gegenüber zu ergreifen sind.

Die deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen. Die rumänische Delegation, die in Berlin über den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und Rumänien verhandeln soll, reist heute, Samstag, unter Führung von Cozar Popesco von Bukarest nach Berlin ab. Die Verhandlungen werden am Dienstag ihren Anfang nehmen.

Der preußische Ministerpräsident Dr. Braun traf am Freitagvormittag in **Görlitz** zu einer mehrtägigen Informationsreise durch die Provinz **Niederschlesien** ein.

Die neue belgische Regierung ist gebildet. Die Ministerpräsidentschaft und Inneres hat **Renkin**, Auswärtiges **Hymans**.

Die Notverordnung vom 5. Juni

Ihre Bedeutung und ihr Inhalt

Die am Freitag vom Reichspräsidenten unterzeichnete **Notverordnung** ist mit einer **längeren Einführung** versehen, in der die Maßnahmen, die durch sie getroffen werden, eine eingehende Begründung finden. Der Landwirtschaft soll Erleichterung gebracht werden. In der Notverordnung sei der Rahmen für einen **freiwilligen Arbeitsdienst** geschaffen, zu dessen Trägern in erster Linie Vereinigungen und Verbände gehören werden, die aus ihren Reihen Gemeinschaftsgruppen Dienstwilliger zur Verfügung stellen. Eingehende Würdigung findet ferner die Frage der **Arbeitsstreckung.** Die Reichsregierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Reichstages für einzelne Gewerbe oder Arbeitnehmergruppen die **Arbeitszeit bis auf 40 Stunden** herabzusetzen und die Zulässigkeit tariflicher Mehrarbeit von einer behördlichen Genehmigung abhängig zu machen. Die Reichsregierung verfolgt auch das Ziel, die Wirtschaft aus **allzu starren Bindungen** zu lösen, die ihr durch Zusammenschlüsse und Vereinbarungen auferlegt sind. Deshalb wurde beschlossen, das **Ruhrkohlensyndikat** nur zwei Monate zu verlängern. Unter ähnlichen Gesichtspunkten wird die Reichsregierung auf die Innungen und Zwangsinnungen Einfluß üben. Im einzelnen wird durch die Notverordnung bestimmt:

Sicherungen des Haushaltes

Der **Steuerausfall im Haushalt** 1931 muß auf rund **940 Millionen** beziffert werden, von denen rund 500 Millionen auf das Reich, 440 Millionen auf Länder und Gemeinden entfallen. Ferner muß im Haushalt des Reiches Deckung geschaffen werden für eine Reihe von **Mehrausgaben,** so z. B. dem Fehlbetrag der Knappschaftsversicherung und dem Fehlbetrag bei der **Krisenfürsorge.** Letzterer beläuft sich nach Übernahme eines Teiles der Lasten der Arbeitslosenversicherung auf die Krisenfürsorge auf 245 Millionen Reichsmark.

Eine Deckung dieser Fehlbeträge durch das Reich ist nicht möglich. Sie muß daher zum Teil der eigenen Kraft und Initiative der Länder und Gemeinden überlassen bleiben.

Die **Gesamtdeckung** nach dem Plan der Reichsregierung gestaltet sich wie folgt:

Reiner Fehlbetrag des Reiches:	
a) Einnahmeausfall	495 000 000 *RM*
b) Mehrausgaben	79 000 000 *RM*
Reiner Fehlbetrag des Reiches:	574 000 000 *RM*
Deckung:	
a) auf der Ausgabenseite	
1. Gehaltskürzung	101 000 000 *RM*
2. Reichsversorgung	85 000 000 *RM*
3. Sonstige Haushaltsabstriche	120 000 000 *RM*
zusammen	306 000 000 *RM*
b) auf der Einnahmeseite	
1. Zuckersteuer	110 000 000 *RM*
2. Mineralölzölle	75 000 000 *RM*
3. Statistische Abgabe	3 000 000 *RM*
4. Übergang zur Monatszahlung bei der Umsatzsteuer	80 000 000 *RM*
zusammen	268 000 000 *RM*
Deckung zusammen	574 000 000 *RM*
Krisenfürsorge und Arbeitsbeschaffung:	
Fehlbetrag bei der Krisenfürsorge	245 000 000 *RM*
für Arbeitsbeschaffung	140 000 000 *RM*
zusammen	385 000 000 *RM*

Die Deckung wird durch das Aufkommen aus der **Krisensteuer** sichergestellt. Zur Deckung des Fehlbetrages bei **Ländern** und Gemeinden, insbesondere der Wohlfahrtslasten der Gemeinden, stehen zur Verfügung:

1. Gehaltskürzung	207 000 000 *RM*
2. Lohnsteuererstattung	60 000 000 *RM*
8. Umsatzsteuer	35 000 000 *RM*
zusammen	302 000 000 *RM*

Für den Reichshaushalt sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

A. Auf der Ausgabenseite

1. Gehaltskürzung

Die **Dienstbezüge** der Reichsbeamten sowie die Versorgungsbezüge der Wartegeldempfänger und Ruhegeldempfänger werden **um 4 bis 8 Proz. gesenkt.** Die Kürzung beträgt in der Ortsklasse A bei Bezügen bis zu 3000 *RM* 4 Proz., bis zu 6000 *RM* 5 Proz., bis zu 12 000 *RM* 6 Proz. und über 12 000 Reichsmark 7 Proz. In den Ortsklassen B, C und D erhöht sich die Kürzung um 1 Proz.; bei den Reichsministern beträgt sie außer der Krisensteuer 8 Proz. Die Senkung erfolgt **ab 1. Juli** und gilt auch für die Bezüge der Angestellten in öffentlichem Dienst. Ferner wird der **Kinderzuschlag** der Beamten und Angestellten für das erste Kind auf 10 *RM* statt 20 *RM* festgesetzt. Bei den Ländern, Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts, bei Reichsbahn und Reichsbank werden entsprechende Kürzungen vorgenommen. Zu den Kürzungen bei diesen Körperschaften treten weitere Kürzungen.

2. Reichsversorgung

Im **Versorgungsetat** werden **Abstriche** vorgenommen, die auf 9 Monate 85 000 000 *RM* betragen. Die wesentlichsten Bestimmungen sind Wegfall einer Kinderzulage für Leichtbeschädigte, gestaffelte Kürzung der Ortszulagen und Verwerfung der Ruhensvorschriften, falls neben der Rente ein Einkommen aus öffentlichen Mitteln bezogen wird. Ausgenommen bleiben die völlig erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten.

3. Sonstige Haushaltsabstriche

Die gegenüber dem Jahre 1930 bereits um rund 300 000 000 verminderten Ausgabensätze bei den **Einzeletats** werden, wie sich aus dem oben angeführten Gesamtdeckungsplan ergibt, um weitere rund 120 000 000 herabgesetzt.

B. Auf der Einnahmeseite

Auf der Einnahmeseite ist die Wiederherstellung der **Zuckersteuer** von 21 *RM* für 100 Kilo vorgesehen. Dazu kommt Erhöhung der Zollsätze für **Mineralöle,** der Sätze für die statistische Abgabe und ab 1. Oktober monatliche Zahlung der Umsatzsteuer für Personen, deren Umsatz im letzten Jahre mehr als 20 000 *RM* betrug.

C. Sonstige Maßnahmen

Zur Sicherung des Haushaltes ist eine beschleunigte **Beendigung des Entschädigungsverfahrens für Kriegsschäden** durch Festsetzung einer **Ausschlußfrist** für Neuanmeldungen vorgesehen.

Ein wesentlicher Fortschritt ist, daß zur **Vermeidung der Verschuldung** des außerordentlichen Haushaltes **außerordentliche Ausgaben auf zwei Jahre** in dem ordentlichen Haushalt eingestellt werden sollen, womit der außerordentliche Haushalt auf zwei Jahre beseitigt ist.

Arbeitslosen- und Sozialversicherung

Zur **Arbeitslosen- und Sozialversicherung** weist die Notverordnung darauf hin, daß in der Arbeitslosenversicherung im Rechnungsjahr 1931 mit einem **Fehlbetrag von etwa 400 Millionen,** in der **Krisenfürsorge** mit einem solchen von rund 240 Millionen Reichsmark, gerechnet werden müsse, wobei das Reich die Kosten der Krisenfürsorge zu tragen hat. Schon mit Rücksicht auf die Lage der Reichsfinanzen müsse die Reichsregierung an dem Grundsatz festhalten, daß die **Arbeitslosenversicherung sich selbst** trage.

Da neue Einnahmen nicht beschafft werden konnten, mußte der Fehlbetrag der Reichsanstalt durch **Einsparungen auf dem Gebiete** der Arbeitslosenversicherung selbst gedeckt werden.

Die **Unterstützungen** werden daher durch eine **5prozentige Kürzung der Einheitslohnes** gesenkt, Arbeitslose aus Berufen mit **berufsüblicher Arbeitslosigkeit** erhalten versicherungsmäßige Unterstützung **nur nach 20 Wochen** in Höhe der Sätze der **Krisenfürsorge.** Bei ihren Maßnahmen hat sich die Reichsregierung im wesentlichen an die Vorschläge gehalten, die ihr von der Gutachterkommission zur Arbeitslosenfrage gemacht wurden.

Nach der Arbeitslosenversicherung war die dringendste Aufgabe in der Sozialversicherung, die **knappschaftliche Pensionsversicherung** zu erhalten. Da der Bergbau aus eigener Kraft hierzu nicht mehr in der Lage ist, griff das Reich mit erheblichen Mitteln ein. Gleichwohl muß auch die Selbstverwaltung eine **Kürzung der Leistungen** vornehmen. In Verbindung mit der Sanierung der Invalidenversicherung wird die Reichsregierung im kommenden Winter dem Reichstage eine organische Vereinfachungs- und Verbilligungsreform der Sozialversicherung vorlegen.

Krisensteuer

Neben der Deckung der Fehlbeträge der sozialen Versicherungsträger sieht die Reichsregierung ihre vornehmliche Aufgabe darin, die Wirtschaft anzukurbeln und die Zahl der Arbeitslosen zu verringern. Hierzu bedarf es besonderer Mittel und Fonds. Diesen Zwecken soll das **Aufkommen aus der Krisensteuer** dienen.

Der Gedanke der Volksgemeinschaft zwinge dazu, **alle Volksgenossen** zur Milderung der in Gestalt der Arbeitslosigkeit über das Land hereingebrochenen Katastrophe nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit heranzuziehen. In einer Zeit höchster Gefahr glaubte die Reichsregierung die notwendigen Maßnahmen nicht auf die Arbeitslohnempfänger beschränken zu können, sondern auch an den **übrigen Berufsständen,** einschließlich der Gewerbetreibenden, nicht vorübergehen zu sollen. Die ganze Maßnahme soll **für anderthalb Jahre,** also für die Zeit vom 1. Juli 1931 bis zum 31. Dezember 1932, gelten. Die Krisensteuer soll insgesamt 775 Millionen Reichsmark bringen, von denen 385 Millionen auf das Rechnungsjahr 1931 entfallen. Sie kann unter Umständen bereits 1932 aufgehoben oder abgemildert werden.

Sie gliedert sich in zwei Teile, eine **Steuer für die Lohnempfänger** und eine Steuer der **veranlagten Einkommensteuerpflichtigen.**

Die **Krisenlohnsteuer** beträgt bei einem Monatsarbeitslohn bis zu 300 RM. monatlich 1 Prozent des Bruttoarbeitslohnes, steigt in Stufen von je einem halben Prozent für je weitere 100 RM. bis zu 700 RM. monatlich auf 3 Prozent, bis zu 1000 RM. auf 3,5 Prozent, bis zu 1500 RM. auf 4 Prozent, bis zu 3000 RM. auf 4,5 Prozent und beträgt über 3000 RM. 5 Prozent.

Die Krisensteuer der **veranlagten Einkommensteuerpflichtigen** beträgt bis zu einem Jahreseinkommen von 3000 RM. 0,75 Prozent, bis zu 6000 RM. 1 Prozent, bis zu 20 000 RM. 1,5 Prozent, bis 100 000 RM. 2 Prozent, bis 250 000 RM. 2,5 Prozent, bis 500 000 RM. 3 Prozent, bis zu 1 000 000 Reichsmark 3,5 Prozent und über 1 Million Reichsmark 4 Prozent.

Bei den **veranlagten Gehaltsempfängern** tritt die Krisensteuer der Veranlagten zur Krisenlohnsteuer hinzu. Gehaltseinkommen bis zu 16 000 RM. sind jedoch von der doppelten Belastung ausgenommen.

Für **Landwirte** sind besonders geltende Bestimmungen zu berücksichtigen.

Wohlfahrtslasten der Gemeinden und Gemeindeverbände

Unter Hinweis darauf, daß bei einer **Arbeitslosenzahl von über 4 Millionen** inmitten der Krise eine grundlegende Organisationsänderung undurchführbar ist, die Erleichterung der Wohlfahrtslasten der **Gemeinden** und **Gemeindeverbände** indessen eine besonders dringliche Aufgabe darstellt, betont die Notverordnung, daß nur die Hälfte der Gesamtaufwendung der Wohlfahrtserwerbslosenlasten im Betrage von etwa 700 Millionen in den Etats der Gemeinden gedeckt ist, und somit für die **andere Hälfte** ein **Ausgleich** geschaffen werden muß. Das geschieht

1. durch **Aufhebung der Lohnsteuererstattungen,** und zwar erstmals für das Kalenderjahr 1931;

2. ein weiterer Betrag zur Deckung der Wohlfahrtslasten fällt den Gemeinden durch die Ersparungen zu, die sie durch die **Kürzung der Gehälter ihrer Beamten und Angestellten** erzielen;

3. kommt in Betracht, daß die Länder auch die Ersparungen, die sie durch die Kürzung der Gehälter der Länderbeamten erzielen, diesen Zwecken zuführen müßten;

4. die der Ausgleichsetats für besonders wohlfahrtsbelastete Gemeinden, die bei der durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 vorgeschriebenen Realsteuersenkung vorgesehen war, zur Auffüllung des durch die Wohlfahrtslasten entstandenen Fehlbetrages.

Sicherung der Haushaltsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände

Um die unerläßliche **Einheit einer Gesamtpolitik** sicherzustellen, die auf Drosselung aller nicht unbedingt notwendigen Ausgaben ebenso bedacht sein muß, wie auf vollständige Ausnutzung aller verfügbaren Einnahmequellen, bedarf die **Staatsaufsicht eines gesetzlichen Rückhaltes,** den sie im geltenden Recht der Länder nicht überall gleichmäßig findet. Die Verordnung sucht hier Abhilfe zu schaffen, indem sie einige **allgemeine Grundsätze** über Umfang und Mittel der Staatsaufsicht aufstellt.

Wohnungswirtschaft

auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft trifft die Verordnung Maßnahmen, um bei der zurückgehenden Beschäftigungsmöglichkeit in den Städten den Einsatz der Wohnungsbaumittel zu einem beträchtlichen Teil einer **zielbewußten Aufsiedelung** nutzbar zu machen und dadurch gleichzeitig die Arbeitsgelegenheit im Baugewerbe im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen zu erhalten.

Die Reichsregierung beabsichtigt, die Reichsbürgschaft für die Beleihungen zur Unterstützung des Baumarktes in weitgehendem Umfange einzusetzen. Ferner soll von einer Ermäßigung der **Hauszinssteuer** insoweit abgesehen werden, als der Haupteigentümer die für die höhere Veranlagung erforderlichen Mittel aus den ihm in der gesetzlichen Miete zufließenden Beträgen zu bestreiten hat. Diese Regelung soll schon mit Wirkung vom 1. Januar 1932 an gelten.

Sonstige Steuer- und Zollmaßnahmen

1. Tabaksteuer

Über den Weg eines Ausgleiches der Abgabenbelastung soll eine neu eingeführte Ermächtigung die Herstellung von **Zigaretten in den billigeren Preisklassen** in größerem Umfange ermöglichen.

2. Steuervereinheitlichung

Hier bringt die Notverordnung die erwartete **Abänderung** des Steuervereinheitlichungsgesetzes im Sinne der von der bayerischen Regierung gewünschten Möglichkeit, die Stichzahlen für Gewerbeerträge unter 15 500 RM. anders, als reichsrechtlich vorgesehen, festzusetzen. Außerdem sollen die Länder weitere als die reichsrechtlich vorgesehenen Befreiungen aussprechen können.

3. Änderung des Einkommensteuergesetzes

Sie beseitigt die differenzierte Behandlung im Einkommensteuersatz zwischen offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften und den Aktiengesellschaften und sonstigen Erwerbsgesellschaften. Die Vorschrift soll erstmals für das Kalenderjahr, also bei der Frühjahrsveranlagung 1932, gelten.

4. Kapitalverwaltungsgesellschaften

Kapitalverwaltungsgesellschaften sollen steuerlich in der Weise begünstigt werden, daß sie nur mit einem Zehntel ihres Vermögens zur Körperschaftssteuer und zur Vermögenssteuer herangezogen werden sollen. Diese Ermäßigungen werden die Gründung von Kapitalverwaltungsgesellschaften in Deutschland überhaupt erst ermöglichen.

5. Zollmaßnahmen

Hier kündigt die Notverordnung an, daß zur Vermeidung von Unerträglichkeiten auf dem inneren deutschen Markte für die Versorgung mit **Düngemitteln** eine Ermächtigung der Reichsregierung zu Schutzmaßnahmen in Form von Zöllen oder zur Marktregulierung erforderlich erscheint.

Falsche Nachrichten über Schwierigkeiten einer Berliner Großbank

Ein kommunistisches Berliner Blatt brachte die Nachricht, daß eine Berliner Großbank seit einiger Zeit in Schwierigkeiten sei und sich deshalb auch an die Reichsregierung gewandt habe. Die Reichsregierung habe darauf in Paris Verhandlungen zur Sanierung der Bank eingeleitet und sich dabei weitgehenden französischen Forderungen gebeugt. (!) Eine Rückfrage hat ergeben, daß der Reichsregierung von diesen Vorgängen **nicht das geringste bekannt** ist und die Nachrichten **völlig aus der Luft gegriffen** sind. Die Veröffentlichung bezweckt offensichtlich lediglich, die von der Reichsregierung in Chequers beabsichtigten allgemeinen Verhandlungen zu stören und ihnen von vornherein den Boden zu entziehen.

Die **Danatbank** veröffentlicht eine **Erklärung**, in der es heißt: Die kommunistischen Behauptungen sind so offensichtlich unsinnig, daß sich ein Eingehen darauf erübrigt. Wegen der Gemeingefährlichkeit der Angriffe hat aber die Danatbank im Einvernehmen mit der Reichsregierung und der Reichsbank **gerichtliche Schritte** gegen das Blatt eingeleitet.

Geh. Rat v. Groß †. In **Bayreuth** ist am Freitagabend im Städtischen Krankenhaus Geh. Rat Adolf **v. Groß** nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 87 Jahren gestorben. Adolf v. Groß erwarb sich große Verdienste um die **Bayreuther Bühnenspiele** und gehörte zu jenen Persönlichkeiten, die mit Richard Wagner und Frau Cosima Wagner die Festspiele leiteten.

Sejm-Vizemarschall Dombski †. Der Führer der radikalen Bauern und Vizemarschall im polnischen Sejm, Johann Dombski, ist nach längerer Krankheit gestorben. Dombski, der aus dem Journalistenberuf hervorgegangen war, hat in der polnischen Bauernbewegung eine große Rolle gespielt. Im Jahre 1921 hatte er als Unterstaatssekretär im Außenministerium an den Rigaer Verhandlungen, die zum polnisch-sowjetrussischen Friedensschluß führten, hervorragenden Anteil.

Kleine Chronik

Das **Flugboot „Do X"** ist am Freitag in Brasilien von Fernando Noronha nach **Port Natal** geflogen. Es wird dort gründlich überholt werden und etwa nach einer Woche nach **Rio de Janeiro** fliegen.

Beim Abflug des **Wasserflugzeugs**, mit dem der italienische Luftfahrtminister **Balbo** von Capri nach Rom zurückkehren wollte, löste sich ein Teil der Schwimmer ab und der Apparat sank. Der Minister und sein Mitfahrer Cagna wurden mit in die Tiefe gerissen, konnten jedoch wieder an die Oberfläche gelangen. Balbo trug leichte Verletzungen davon. Cagna ist unverletzt.

In **Frankfurt a. M.** wurde am Freitag auf den **Lotterieeinnehmer Sturm** in der Schillerstraße, einer der belebtesten Straßen der Stadt, ein schwerer **Raubüberfall** verübt. Kurz nach Geschäftsschluß drangen zwei junge Leute in das Lotteriegeschäft ein, zwangen den Inhaber mit vorgehaltener Pistole, sich auf den Boden zu legen und fesselten ihn. Die Täter raubten dann die Summe von 3000 Reichsmark. Sie schlossen nachher die Türe von außen ab und entkamen.

Auf der Landstraße bei **Rostock** wurde an einer 12jährigen Schülerin ein **Lustmord** verübt. Der Wüstling hatte seinem Opfer den Schädel zertrümmert und flüchtete dann in einen großen Wald.

Badisches Landestheater. Das in der Neudichtung Wilhelms von Scholz am heutigen Samstag zur Erstaufführung kommende **„Lust-, Schau- und Trauerspiel"** des vor 250 Jahren (am 25. Mai) verstorbenen großen spanischen Dichters Calderon de la Barca, „Über allen Zauber Liebe", ist von Felix Baumbach inszeniert und wird von den Damen Schreiner (Circe), Bertram, Gentner, Jank, Seiling, Gufe, Hebeisen und den Herren Dahlen (Ulysses), Brand, Graf, Herz, Just, Kloeble, H. Herbert Kienscherf, Kuhne, Luther, Müller und Prüter dargestellt. — Die Bühnenbilder erstellte Torsten Hecht, die Kostüme Margarete Schellenberg. Harald Josef Fürstenau studierte die Tänze ein.

Der Münchener Glaspalast niedergebrannt

Ein Millionenschaden — Brandstiftung?

WTB. München, 6. Juni. (Tel.). Im Münchener Glaspalast, der gegenwärtig, wie alljährlich, eine große Kunstausstellung beherbergt, brach heute früh 3.25 Uhr, ein Brand aus, der so heftig um sich griff, daß das Gebäude in kürzester Zeit ein Raub der Flammen wurde. Um 4.25 Uhr war der Glaspalast vollkommen ausgebrannt. Es steht nur noch das Eisengerüst, das aber bereits an vielen Stellen eingestürzt ist. Die Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, die angrenzenden Gebäude zu schützen. Der Südwestwind trieb die Funken kilometerweit.

Der Glaspalast war 1853/54 als Industrieausstellungsgebäude errichtet worden und bestand nur aus Glas und Eisen, einer der ältesten derartigen Bauten. Seit 1888 fanden hier jährlich große Kunstausstellungen statt, die die neuesten Kunstwerke aller Kulturvölker zeigten. Nach einer kurzen Unterbrechung durch Weltkrieg und Inflation, wurden die weltberühmten Münchener Kunstausstellungen hier wieder erneut gezeigt.

Kaum zwei Stunden nach der ersten Feststellung des Brandes war der riesige Glaspalast ein rauchender Trümmerhaufen. Noch heute vormittag bekämpft die Feuerwehr mit 32 Schlauchleitungen den Brand, der im Innern des Gebäudes wütet. Die **Entstehung** der Katastrophe ist noch immer in Dunkel gehüllt. Ein Beamter der ständigen Feuerwache bemerkte bei seinem Rundgange, daß das Feuer auffälligerweise in der oberen Umwandung des Nordflügels ausgebrochen war. Es griff mit **rasender Schnelligkeit** um sich, so daß der Wachhabende nicht einmal mehr Zeit hatte, aus dem Gebäude selbst telephonisch die Feuerwehr alarmieren zu können. Der Schaden ist **ungeheuer**, er soll in die **Millionen gehen**. Wenn auch die materiellen Werte größtenteils durch Versicherung gedeckt sein dürften, so ist der ideelle Schaden durch die **Vernichtung einer solchen Auslese von Kunstwerten als nationale Katastrophe** zu bezeichnen. Die Brandstätte bildet ein Bild schauderhafter Verwüstung. Der größte Teil des Palastes ist eingestürzt. Ein unmittelbar angrenzendes Gebäude mußte von der Feuerwehr geräumt werden. Der Brand war auch in einer Entfernung von mehreren Kilometern von München mit riesenhaften Feuersäulen und einer riesigen Rauchentwicklung deutlich sichtbar.

Tausende von Kunstwerken vernichtet

WTB. **München**, 6. Juni. (Tel.) Gegen 9 Uhr vormittags konnten die ersten Löschzüge von der Brandstätte des Glaspalastes wieder abrücken. Insgesamt waren in der diesjährigen Kunstausstellung **2820 Werke der Malerei, Graphik und Plastik ausgestellt.** Davon konnten **lediglich 50 bis 60 gerettet** werden, und auch diese nur wahllos. Die **unersetzliche Sonderschau der Romantiker ist völlig vernichtet.** Der größte Teil des Lebenswerkes von Kuno **Aniet**, des bekannten schweizerischen Malers, der allein mit 40 Werken auf der Ausstellung vertreten war, ist den Flammen restlos zum Opfer gefallen. Eines der schönsten Bilder vom **Moritz von Schwind** „Ritter Kurts Brautfahrt" ist ebenfalls verloren, ebenso die prächtige Winterlandschaft von **Kaspar David Friedrich** sowie **Philipp Otto Runges** „Familienbildnis". Die Versicherungsfrage ist noch nicht geklärt. Abgesehen von dem materiellen Schaden ist der ideelle, der in dem Verlust unersetzlicher Werke liegt, so ungeheuer, daß man wohl von **einer der größten Katastrophen der nationalen Kunst** sprechen kann.

Erben gesucht

Nach einer Mitteilung des deutschen Konsulates in Cleveland, Ohio, Amerika, ist am 19. Februar 1931 in **Cincinnati**, Ohio, eine Frau **Louisa Baumann** verstorben. In einem hinterlassenen Testament vermachte sie ihren Nachlaß ihren Verwandten Carl Baumann (Stiefsohn), Louis Nic. Nell oder Well (Vetter), Katherine Schlenker (Kusine) und Heinrich Gnoecht (Bruder). Der Mädchenname der Erblasserin war hiernach vermutlich **Gnoecht.**

Das Konsulat hat die Erben bisher nicht ermitteln können. Etwaige in **Baden** wohnende Beteiligte werden daher aufgefordert, sich unter Beifügung von Nachweisen über die behauptete Verwandtschaft alsbald schriftlich beim **Justizministerium in Karlsruhe** zu melden, welches die Verständigung des deutschen Konsulats in Cleveland übernehmen wird.

Aus der Landeshauptstadt

80. Geburtstag. Am kommenden Sonntag feiert der frühere oldenburgische Generalindendant, Major a. D. **von Radetzky** in Rostock seinen 80. Geburtstag. Radetzky war in den Jahren 1890 bis 1896 Hauptmann und Kompagniechef der 12. bzw. 14. Kompagnie beim Leibgrenadierregiment in Karlsruhe. In dieser Zeit war er hier eine allseits geschätzte und geachtete Persönlichkeit, deren Popularität ihren Niederschlag im vertraulichen „Papa Radetzky" fand. — Seinen **80. Geburtstag** feierte ferner der im Ruhestand hier lebende Geh. Rat Prof. Dr.-Ing. e. h. **Ernst Bauer**, der von 1892 bis 1919 Leiter des Maschinenlaboratoriums der Techn. Hochschule war. Seine vielseitige wissenschaftliche Tätigkeit und seine Leistungen auf dem Gebiete der Technik wurden anläßlich dieses Festtages in den verschiedenen Fachzeitschriften ehrend gewürdigt.

Zum Tode von Rechtsanwalt Kusel. Die Beisetzungsfeierlichkeiten für den am 31. Mai verstorbenen Rechtsanwalt Albert Kusel fanden dieser Tage im hiesigen Krematorium statt. Eine stattliche Trauergemeinde, unter ihnen Oberbürgermeister Dr. **Finter**, als Vertreter der Stadt, Generalstaatsanwalt Dr. **Hafner** als Vertreter des badischen Justizministeriums und Verwaltungsgerichtspräsident Dr. **Schneider**, hatte sich eingefunden. Dr. **Frankenstein**, der älteste Schwiegersohn des Verstorbenen, gab eine ausführliche Schilderung über das Leben Albert Kusels. Der Vorsitzende der Bad. Anwaltskammer, Dr. **Dietz**, würdigte eingehend die Persönlichkeit Kusels als Rechtsanwalt und Kollegen. Seitens des Karlsruher Anwaltvereins hielt Rechtsanwalt **Heinsheimer** eine Gedenkrede und Landgerichtspräsident **Rudmann** schilderte das hohe Ansehen, das der Verstorbene allenthalben bei den badischen Gerichten genossen hat. Eine unübersehbare Fülle von Blumenspenden bedeckte den Sarg.

Bad. Beamten - Dienstuniformen

jeder Art liefert vorschriftsmäßig L.126

Firma J. Holzwarth,

Karlsruhe, Telephon 103, Zähringerstraße 112

Wetterbericht der Landeswetterwarte Karlsruhe vom Samstag morgen: Ein Ausläufer der atlantischen Zyklone, an dessen Vorderseite wir gestern heiteres und sehr warmes (Maximum 27 Grad) Wetter hatten, ist heute nacht über uns hinweggezogen. Die an seiner Vorderseite hinziehende maritime Luft hat uns Bewölkungszunahme und heute früh strichweise leichter Regen gebracht. Eine nachhaltige Verschlechterung ist aber vorerst nicht zu befürchten, wenn auch mit zeitweiser Bewölkung und gelegentlich leichtem Gewitterregen gerechnet werden muß. — **Vorhersage:** Zeitweise heiter, mäßig warm bis schwül, strichweise leichter Gewitterregen bei südwestlichen Winden.

Wasserstände: Waldshut 379 —3, Basel 193 —4, Schuster-insel 261 —6, Kehl 400 —18, Maxau 607 —23, Mannheim 558 —8, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

bld. **Mannheim**, 5. Juni. Gleich dem Palastkaffee mit „Libelle" hat nunmehr eine weitere **Mannheimer Großgaststätte**, der „Große Mayerhof", den Betrieb eingestellt. Es ist dies eine Auswirkung der Not im Mannheimer Gaststättengewerbe.

bld. **Heidelberg**, 5. Juni. Etwa hundert städtische **Notstandsarbeiter**, die an der Herstellung der Schlierbacher Landstraße beschäftigt werden, sind wegen Einführung neuer Lohnsätze in den **Streik** getreten. Der Stadtrat hat ihnen eine Frist von 48 Stunden gestellt. Sollten sie die Arbeit nicht wieder aufnehmen, so soll ihnen die Wohlfahrtsunterstützung entzogen werden.

DZ. **Heidelberg**, 6. Juni. Wie wir soeben aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist der frühere Botschafter der Vereinigten Staaten in Deutschland, **Schurman**, heute vorm. 7.55 Uhr in Heidelberg eingetroffen und hat im „Europäischen Hof" Wohnung genommen. Schurman kam ohne Gefolge. Er wird sich etwa 8 Tage in Heidelberg aufhalten.

DZ. **Heidelberg**, 6. Juni. Seit gestern ist ein **Beamter der Städt. Sparkasse verschwunden**, der dort seit vielen Jahren angestellt war und völliges Vertrauen genoß. Es handelt sich um den verheirateten Oberverwaltungssekretär Wilhelm **Klumpp**. Bei der Revision seiner Kasse bemerkte man, daß ein **größerer Betrag fehlte.** Die Summe steht noch nicht genau fest, doch rechnet man mit einem Betrage von etwa 30 000 *RM.*

* **Ortenberg**, 5. Juni. Die Nachricht in Nr. 127 der „Karlsr. Ztg." über den **Obstgroßmarkt** ist nicht aus Offenburg zu datieren. Der Obstgroßmarkt wird in **Ortenberg** abgehalten.

DZ. **Hilzingen**, 5. Juni. Zu der **schrecklichen Wahnsinnstat** wird noch bekannt, daß die unglückliche Frau **Maier**, die ebenso wie ihre Familie sich allgemeiner Beliebtheit im Dorfe erfreute, schon am Tage vor der Tat über fürchterliche Kopfnervenschmerzen geklagt und gesagt habe, daß solche Schmerzen das schrecklichste seien, was einen Menschen treffen könne. Nach Ausführung der Tat, der ihre vier Kinder zum Opfer fielen, brach die Frau völlig zusammen. Bei ihrer Überführung nach der Reichenau sagte sie nur immer: „Warum bin ich nicht schon gestern zur Reichenau gegangen?"

DZ. **Lenzkirch**, 5. Juni. Die älteste Bürgerin der Stadt, Frau **Maria Schöpperle** geb. Fürderer, beging heute in voller geistiger und körperlicher Frische ihren **102. Geburtstag.** Nach einem arbeitsreichen Leben auf ihrem abgelegenen Waldpeterhof verbringt sie nun ihren Lebensabend in Lenzkirch bei Verwandten.

DZ. **Konstanz**, 5. Juni. Bekanntlich brach im Fahrzeugschuppen der **Konstanzer Kaserne** in der Nacht vom 23. zum 24. Mai **Feuer** aus. Wie jetzt die staatsanwaltschaftliche Untersuchung ergeben hat, ist mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß der Brand nicht durch die schadhafte elektrische Leitung entstand, sondern durch **verbrecherischen Anschlag** gelegt worden ist.

DZ. **Schwenningen**, 5. Juni. Am Dienstag und Mittwoch waren hier und in der Umgebung **unverantwortliche Gerüchte** verbreitet worden, wonach auf Grund der kommenden Notverordnung die **Sparkassenguthaben** um 40 Prozent gekürzt würden. Die Folge davon war, daß die Schwenninger Sparkasse am Mittwoch über 80 000 RM. Spargelder zurückzahlen mußte. — Auch die **Villinger** Sparkasse hatte unter diesen sinnlosen Gerüchten zu leiden. Durch entsprechende Aufklärung wurden die Sparer veranlaßt, ihre Sparguthaben wieder zur Einzahlung zu bringen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	6. Juni Geld	6. Juni Brief	5. Juni Geld	5. Juni Brief
Amsterdam 100 G.	169.31	169.65	169.31	169.65
Kopenhagen 100 Kr.	112.72	112.94	112.70	112.92
Italien . . 100 L.	22.045	22.085	22.02	22.06
London . . 1 Pfd.	20.473	20.513	20.475	20.515
New-York . 1 D.	4.2065	4.2145	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.459	16.499	16.459	16.499
Schweiz . . 100 Fr.	81.65	81.81	81.615	81.775
Wien 100 Schilling	59.12	59.24	59.15	59.27
Prag . . . . 100 Kr.	12.472	12.492	12.47	12.49

Der Privatdiskont wurde für beide Sichten um je 1/8 Proz. auf 5 Proz. erhöht.

Sechsprozent-Waldhof-Dividende. Der A.-R. der Zellstoffabrik Waldhof AG., hat der vom Vorstand bereits angekündigten **Dividendenhalbierung** von 12 auf 6 Prozent zugestimmt. Dementsprechend wird der Reingewinn auch mit etwa der Hälfte ausgewiesen, nämlich mit 2,65 (5,02) Mill. RM., nach einer kleinen Ermäßigung der Abschreibungen auf 3,28 (3,57) Mill. RM. Der **Rohgewinn** sank um nicht weniger als 5 Mill. auf 17,39 (22,31) Mill., wofür sich ein teilweiser Ausgleich durch die Verminderung der Unkosten auf 7,80 (9,48) Millionen und der Steuern auf 3,71 (4,25) Mill. ergab.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Technischer Assistent Josef **Beil** an der psychiatrischen und Nervenklinik der Universität Freiburg zum Technischen Sekretär daselbst.

Finanzministerium:

In den Ruhestand versetzt:

Oberforstrat Hermann Schlecht in Stockach.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

L.121

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

Grundstücksmakler, Abgebaute Beamte Versicherungs-Vertreter
können durch Mitübernahme unserer L.237

Hypotheken-Annahmestelle
hohe Verdienste erzielen.
Bewerb. unt. **J.Z.7056** beförd.
Rud. Mosse, Berlin SW 100.

Ausschreibung

Wir vergeben öffentlich auf Grund des Erlasses des Herrn Ministers der Finanzen vom 20. I. 1928 die Malerarbeiten und die Linoleumbeläge für die Betriebs- und Wirtschaftsgebäude zu den Klinikneubauten in Freiburg i. Br.

Die Angebotsvordrucke können, soweit vorrätig, auf unserem Baubureau, Hugstetter Str. 70 (ehemaliges Oktroihäuschen) ab Dienstag, den 9. Juni 1931, jeweils vormittags von 11 bis 12³⁰ Uhr entgegengenommen und die Bedingungen eingesehen werden. Versand nach auswärts erfolgt nicht.

Die Öffnung der Angebote, welche geschlossen, mit entsprechender Aufschrift bis **Montag, den 15. Juni 1931** einzureichen sind, erfolgt am gleichen Tage vormittags 11 Uhr. Zuschlagsfrist 6 Wochen. R.502

Bad. Bezirksbauamt
Klinikbaubüro.

Was du trinkst Bier?-

Wie paßt dies zum Sport?

„Ach geht mit dem Wassertrinken mir fort,
Davon bekommt man nur lapprigen Magen,
Laßt euch von mir das eine nur sagen:
Ein gut gebrauter Gerstensaft
Regt an, gibt richt'gen Schwung und Kraft,
Es kommt nur drauf an wieviel und wann:
Nach dem Spiel ein Schrempp-Printz-Bier
nie schaden kann!"

R.216

Bekanntmachung.

Infolge Stellenwechsels ist der III. Kaminkehrbezirk Karlsruhe-Land neu zu besetzen. Der Bezirk umfaßte bisher die Vororte Daxlanden und Grünwinkel; sein Umfang wird aber in nächster Zeit anläßlich einer allgemeinen Kehrbezirksneueinteilung geändert werden.

Bewerbungen sind innerhalb 4 Wochen vom Erscheinen dieser Bekanntmachung ab schriftlich beim Bezirksamt Karlsruhe einzureichen; sie müssen die in §§ 6 und 7 der Kaminfegerordnung vom 29. November 1921 bezeichneten Angaben und Nachweise sowie die ausdrückliche Erklärung enthalten, daß der Bewerber mit der beabsichtigten Neueinteilung einverstanden ist.

Karlsruhe, den 27. Mai 1931. O.Z. 40

Bad. Bezirksamt — Abteilung IV —. R.500

Umtausch der Aktien der Pfälzischen Nähmaschinen- und Fahrräder-Fabrik vorm. Gebr. Kayser in Kaiserslautern in Aktien der Maschinenfabrik Gritzner Aktiengesellschaft in Durlach.

In der am 10. April 1931 stattgefundenen Generalversammlung der Pfälzischen Nähmaschinen- und Fahrräder-Fabrik vorm. Gebrüder Kayser in Kaiserslautern ist die Fusion mit unserer Gesellschaft beschlossen worden. Wir haben uns laut Fusionsvertrag verpflichtet, als Gegenleistung für die Vermögensübertragung den Aktionären der Kayser A.G. für je nom. 1500 RM. Kayser-Aktien je nom. 300 RM. unserer Stammaktien mit Dividendenschein ab 1. Januar 1931 zu gewähren. Der Fusionsbeschluß der Kayser A.G ist in das Handelsregister eingetragen worden.

Wir fordern nunmehr gemäß § 305 Abs. 3 und § 290 HGB. die Aktionäre der von uns übernommenen Pfälzischen Nähmaschinen- und Fahrräder-Fabrik vorm. Gebrüder Kayser auf, ihre Stammaktien mit Dividendenschein 1930/31 und folgende zum Umtausch in Aktien unserer Gesellschaft nach Maßgabe folgender Bestimmungen einzureichen:

I. Die Einreichung der Aktien soll bis zum 31. August 1931 (einschl.) erfolgen, und zwar L.179

- **in Karlsruhe: bei der Darmstädter und Nationalbank, Filiale Karlsruhe,** der **Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Karlsruhe,** und dem **Bankhaus Veit L. Homburger,**
- **in Kaiserslautern:** bei der **Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Kaiserslautern,**
- **in Berlin:** bei der **Darmstädter und Nationalbank** und der **Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft,**
- **in Frankfurt a. M.:** bei der **Darmstädter und Nationalbank, Filiale Frankfurt a. M.,** und der **Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Frankfurt a. M.,**
- **in Mannheim:** bei der **Darmstädter und Nationalbank, Filiale Mannheim,** und bei der **Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Mannheim.**

II. Gegen nom. 1500 RM. Stammaktien der Kayser A.G. mit Dividendenschein 1930/31 folg. wird 1 Stammaktie der Gritzner A.G. je nom. 300 RM. mit Dividendenschein 1931 folg. ausgegeben.

III. Die Kayser-Aktien sind mit einem doppelt ausgefertigten Anmeldeschein einzureichen. Anmeldescheine sind bei den obengenannten Stellen erhältlich. Über die zum Umtausch eingereichten Aktien wird auf dem Anmeldeschein Quittung erteilt, gegen die nach drei Wochen die Gritzner-Aktien bei derjenigen Stelle, welche die Quittung erteilt hat, ausgehändigt werden. Der Umtausch der Aktien ist, sofern die Ausreichung am Schalter der vorgenannten Banken erfolgt, provisionsfrei. Wird der Umtausch im Wege der Korrespondenz veranlaßt, so wird die übliche Provision in Ansatz gebracht. Soweit der einzelne Aktionär die zum Umtausch benötigte Anzahl Kayser-Aktien nicht besitzt, sind die Umtauschstellen bereit, den An- und Verkauf von Kayser-Aktien zu besorgen.

IV. Die nach Ablauf der oben erwähnten Frist nicht eingereichten Kayser-Aktien werden für kraftlos erklärt. Das gleiche gilt in Ansehung eingereichter Aktien, welche die zum Umtausch in Gritzner-Aktien erforderliche Zahl nicht erreichen und unserer Gesellschaft nicht zur Verwertung für Rechnung der Beteiligten zur Verfügung gestellt sind. Die an Stelle der für kraftlos erklärten Aktien auszuhändigenden Gritzner-Aktien werden für Rechnung der Beteiligten zum Börsenpreis verkauft.

Durlach, den 6. Mai 1931.

Gritzner-Kayser Aktiengesellschaft
(vorm. Maschinenfabrik Gritzner A.G.).

A.834. **Karlsruhe.** Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Otto Foehr,** Inhaber Otto Foehr, Juwelier in Karlsruhe, Kaiserpassage 1, ist der Termin zur Verhandlung über den vom Gemeinschuldner gemachten Zwangsvergleichsvorschlag und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf **Freitag, den 26. Juni 1931, nachmittags 4 Uhr,** vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, I. Stock, Zimmer Nr. 40. Der Vergleichsvorschlag und die Erklärung des Gläubigerausschusses sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Karlsruhe, den 30. Mai 1931. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.**

Schwetzingen. R.503
Güterrechtsregistereintrag Band III Seite 3: **Fichtner** Wilhelm, Maurer in Schwetzingen und Lina geb. Schnekkenberger. Vertrag vom 20. Mai 1931. — Gütertrennung —.
Schwetzingen, 3. Juni 1931.
Amtsgericht I.

Badisches Landestheater

Sonntag, den 7. Juni 1931
*E 26. Th.-Gem. III.S.-Gr. 1. Hälfte

Undine
Von Lortzing
Dirigent: Schwarz
Regie: Pruscha
Mitwirkende:
Blank, Haberkorn, Reich-Dörich, Hospach, Kiefer, Rentwig, Ritschl, Schoepflin, Schuster, Schmitt
Anfang 20 Ende geg. 23
Preise D (1—8 RM)

Montag, den 8. Juni 1931
*G 27. Th.-Gem. III.S.Gr. 2. Hälfte

Über allen Zauber Liebe
Von Calderon
Freie Neudichtung v. Scholz
Musik von Steidel
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Bertram, Genter, Jank, Seiling, Schreiner, Guse, Hebeisen, Brand, Dahlen, Graf, Herz, Just, H. Kienscherf, Kloeble, Kuhne, Luther, Müller, Prüter, Schulze
Anfang 20 Ende nach 20¹/₂
Preise A (0,70—5 RM)

Im Städt. Konzerthaus
Sonntag, den 7. Juni 1931

Meine Frau, das Fräulein
Operetten-Schwank
von Zerlett
Musik von Beutten
Dirigent: Keilberth
Regie: Herz
Mitwirkende:
Jank, Nyhoff, Rademacher, Brand Höcker, Just, Kloeble, Mehner, Müller, Prüter
Anfang 19¹/₂ Ende 22
I. Parkett 3,50 RM

Sparkasse Lahr für den Amtsbezirk Lahr

Oeffentliche Verbandssparkasse
gegründet 1840

Bilanz per 31. Dezember 1930

Aktiva	RM
Kasse, Schecks u. Sorten	39 984,62
Reichsbankguthaben	33 987,10
Postscheckguthaben	775,56
Guthaben bei den Girozentralen	223 401,42
Bankguthaben	17 439,25
Einlage beim Sparkassen- und Giroverband	180 500,—
Wechsel	550 243,24
Inkassowechsel	114 727,64
Wertpapiere (Nennwert: 51 300,— RM)	45 452,50
Kontokorrentkredite	2 213 201,49
Vorschüsse auf Girokonten	820,34
Hypothekendarlehen	4 673 883,37
Schuldscheindarlehen gegen Bürgschaft	283 636,01
Schuldscheindarlehen an Gemeinden	448 876,10
Schuldscheindarlehen gegen Faustpfand	13 760,—
Zinsrückstände (darunter 4. Quartal)	147 395,26
Mobilien	1,—
Immobilien	55 000,—
Aufw.-Hypotheken	2 156 585,03
„ Schuldscheine	3 702,90
„ Wertpapiere (darunter nom. 100 437,50 RM Ausl. Rechte)	224 069,—
„ Zinsrückstände	44 353,95
„ Ausgleichskonto	244 697,82
„ Schuldner der ehemaligen Sparkasse Meißenheim	28 256,58
„ Ausgleichskonto der ehemaligen Sparkasse Meißenheim	20 762,07
Avale 25 500,— RM	
	11 765 512,25

Passiva	RM
Spareinlagen	7 563 745,68
Giroeinlagen	471 286,97
Kontokorrenteinlagen	492 269,68
Aufwertungseinlagen	2 743 067,51
Aufwertungseinlagen der ehemaligen Sparkasse Meißenheim	54 758,01
Reservefonds	371 032,45
Gewinn	69 352,85
Avale 25 500 RM	—
	11 765 512,25

Verlust- und Gewinnrechnung per 31. Dezember 1930

Soll		RM
Verwaltungsaufwand:		
a) auf Verwaltungsgebäude	7 826,80 RM	
b) persönlicher Aufwand	105 044,68 RM	
c) sachlicher Aufwand	25 103,22 RM	137 974,70
Steuern		9 049,50
Einlagezinsen		412 563,04
Rediskont		4 294,46
Mobilienabschreibung		440,—
Immobilienabschreibung		9 920,87
Gewinn 1930		69 352,85
		643 595,42

Haben	RM
Darlehenszinsen	401 783,97
Kontokorrentzinsen	166 255,75
Bankzinsen	10 684,17
Wechseldiskont	52 406,21
Provision und Spesen	11 902,32
Mieten	563,—
	643 595,42

Reservefonds

5 % aus Gesamteinlagen 8 527 301,43 RM		426 365,05 RM
Rücklage Ende 1929	371 032,45 RM	
Zuweisung 1930: Gewinn lt. Bilanz	69 352,85 RM	zus. 440 385,30 RM
(5 % gesetzl. Rücklage mit 65 656,05 RM und Sonderrücklage lt. § 31 der Satzung 3 696,80 RM)		
Sonderrücklage laut § 31 der Satzung		14 020,25 RM

Lahr, den 6. März 1931. R 497

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Fr. Burkhardt. **Der Geschäftsleiter:** Dr. Meister, Dir. **Der Kontrolleur:** H. Reichardt.

Bezirkssparkasse Staufen i. Br.

(Oeffentliche Verbandssparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM
Kassenbestand	10 508,26
Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postscheckamt	169 094,54
Wechsel	147 816,54
Darlehen auf Hypotheken	1 884 225,70
Darlehen in laufend. Rechnung an Private	986 312,18
Darlehen auf Schuldschein	408 985,51
Darlehen an Gemeinden	353 960,19
Aufwertungsforderungen	1 194 276,12
Vorschüsse	223,81
Einnahmerückstände	146 485,88
Grundstücke und Gebäude	10 001,—
Gerätschaften	1,—
	5 311 890,73

Verbindlichkeiten	RM
Spareinlagen	3 343 789,96
Aufwertungsspareinlagen	1 428 334,86
Giro- und Kontokorrenteinlagen	135 426,75
Anlehens- u. andere Schulden	202 211,58
Ausgaberückstände	1 226,25
Rücklagen	164 039,97
Reingewinn vom Jahre 1930	36 861,36
	5 311 890,73

Berechnung der Rücklage

Die satzungsgemäße Rücklage hat zu betragen:
8 % aus 3 479 216,71 RM Einlagen = 278 337,33 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 = 200 901,33 RM
Somit weniger 77 436,— RM

Staufen, den 22. Mai 1931. R.496

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Lederle. **Der Geschäftsleiter:** Gangwisch.

Druck G. Braun, Karlsruhe.